

Resolution zur Einführung von Herkunftssprachenunterricht in staatlicher Verantwortung

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg LAKA fordert die Einführung von Herkunftssprachenunterricht in staatlicher Verantwortung. Die Landesregierung wird hiermit aufgefordert, den Vorschlag der Initiative von Prof. Dr. Havva Engin, PH Heidelberg, GEW und SPD aufzugreifen und umzusetzen: An insgesamt 90 Schulen wird in einem Schulversuch von fünf Jahren ein solcher Unterricht einschließlich auszuarbeitender Materialien konzipiert, erprobt, wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. Die Sprachen werden entsprechend dem lokalen Bedarf ausgewählt. Der Unterricht erfolgt durch sprachkompetente Personen, die von der PH Heidelberg zusätzlich qualifiziert werden. Er umfasst wöchentlich 2 – 5 Stunden und steht auch Schülerinnen und Schülern offen, die diese Sprachen noch nicht sprechen.

Begründung: Der baden-württembergische Bildungsbericht 2018 weist erneut auf enorme Sprachdefizite von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte hin. So weisen nur 14 % der Kinder mit einer anderen Alltagssprache als Deutsch zum Ende der Grundschule ausreichende Fähigkeiten in Lesen und Zuhören nach, um in der Sekundärstufe einen Bildungsabschluss erreichen zu können! Kinder, die über die Strukturen ihrer Erstsprache verfügen, verfügen nach den Erkenntnissen der Bildungsforschung über wesentlich mehr Kompetenzen zum Erlernen einer zweiten Sprache. Daher ist neben dem bedarfsgerechten Ausbau der individuellen Sprachförderung in Deutsch an den Schulen in Baden-Württemberg die Einführung des Unterrichts in Herkunftssprachen in staatlicher Verantwortung nötig, um den Kindern die koordinierte Zweisprachigkeit und somit den Zugang zu Bildung zu sichern.

Stuttgart, 23.03.2019